Kleine Schriften
Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Nr. 1

ISSN 0940-4201
ISBN 3-928880-00-4

Johannes Rau

Friedrich Ebert

Sein Platz in der deutschen Demokratiegeschichte

Stiftung Reichspräsident-
Friedrich-Ebert-
Gedenkstätte

Johannes Rau

Friedrich Ebert

Sein Platz in der deutschen Demokratiegeschichte

Kleine Schriften
Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Nr. 1

Heidelberg 1996

Bei dem Beitrag handelt es sich um die Festansprache, die Johannes Rau in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, am 11. Februar 1989 – dem 70. Jahrestag der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten – anläßlich der Eröffnung der Gedenkstätte gehalten hat.

Rau, Johannes:
Friedrich Ebert – Sein Platz in der deutschen Demokratiegeschichte

(Kleine Schriften / Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte: Nr. 1)
3. unveränderte Auflage 1996; 1. Auflage 1989
© 1996 Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
Untere Straße 27 • D-69117 Heidelberg
☎ (0 62 21) 9 10 70

Redaktion: Ulrich Graf, Walter Mühlhausen
Realisation: TLD • Manfred H. G. Furchner

ISSN 0940-4201
ISBN 3-928880-00-4

Johannes Rau

Friedrich Ebert - sein Platz in der deutschen Demokratiegeschichte

---

Friedrich Ebert gehört zu den Persönlichkeiten der deutschen Geschichte und der deutschen Demokratiegeschichte, mit deren Einordnung und Beurteilung wir uns besonders schwertun. Wir: Damit meine ich die politisch Verantwortlichen und Handelnden, die historischen und politischen Wissenschaften, die Publizistik, die politische Bildung.

Heute sind Straßen, Plätze und Schulen nach Friedrich Ebert benannt; eine bedeutende politische Stiftung trägt seinen Namen. Und doch ist Friedrich Ebert nicht das, was man eine feste Größe nennen mag. Er war und ist umstritten, sein Bild bleibt erheblichen Schwankungen unterworfen.

Der Vergleich mit anderen Personen und Persönlichkeiten, auf die wir uns als Demokraten heute, über Parteigrenzen hinweg, unterschiedlich stark berufen, der Vergleich mit so unterschiedlichen Männern wie August Bebel, Konrad Adenauer oder Theodor Heuss, kann diesen Befund vielleicht verdeutlichen.

Sie alle haben im öffentlichen Bewußtsein und in der politisch-wissenschaftlichen Überlieferung scharfe, greifbare Konturen hinterlassen. Ihr Werk und ihr Erbe tragen, bei allen Urteilsdifferenzen, die es im einzelnen sicher gibt, einen verhältnismäßig geschlossenen Charakter.

Das läßt sich bei Friedrich Ebert nicht sagen. Bezeichnend ist, daß bis heute eine thematisch umfassende, wissenschaftlichen und literari-

schen Ansprüchen gleichermaßen genügende Biographie Eberts fehlt. Gewiß, es gibt verdienstvolle biographische Fragmente, es gibt Versuche, es gibt Annäherungen. Aber der große, zupackende Wurf ist bis heute ausgeblieben und ist wohl auch noch nicht in Sicht. Das läßt sich einmal formal begründen, mit dem Blick auf die Lücken im Quellenmaterial, auf das Fehlen eines eigentlichen Ebert-Nachlasses. Aber ich glaube, daß die Scheu vor der großen und natürlich kritisch gewichteten Würdigung tiefere Ursachen hat. Sie hängen zusammen mit der ungeheuer dichten Problemkonzentration, mit dem diffusen Krisen-, Umbruchs- und Aufbruchscharakter, von denen die Zeit des Ersten Weltkrieges, der Revolution 1918/1919 und der Weimarer Anfänge geprägt ist, jene zehn, elf Jahre also, in denen Friedrich Ebert höchste staatspolitische Verantwortung zugefallen war, die ihn fast ununterbrochen vor nahezu übermenschliche Bewährungsproben gestellt hatten.

Wir müssen uns außerdem vergegenwärtigen, daß es vor allem die Themen "Weltkrieg" und "Deutsche Revolution 1918/19" sind, die während der vergangenen drei Jahrzehnte eine kaum noch überschaubare Fülle von Detailforschungen angeregt, in Wissenschaft und Publizität zu massiven Kontroversen geführt und eine Vielzahl von konkurrierenden Deutungsmustern hervorgebracht haben. Der Kongreß, der am Montag hier beginnt - das wissenschaftliche Symposium - wird davon bestimmt einiges vermitteln, vielleicht kann er auch zur Klärung des einen oder anderen Problems beitragen.

Im Zentrum der Debatten und Interpretationen stand und steht immer wieder auch Friedrich Eberts politisches Werk. Jedenfalls stellt sich der neuen Stiftung, die heute ihre öffentliche Arbeit übernimmt, dieser Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, vor allem die schwierige Aufgabe, aus der oft verwirrenden Fülle der Einzelforschungen, der Resümeeversuche, der Thesen ein Fundament, vielleicht sogar eine Synthese zu entwickeln, auf der sie in ihren eigenen wissenschaftlichen und politisch-pädagogischen Bemühungen tragfähig aufbauen kann.

Der Name unserer Stiftung ist bewußt so gewählt. Unser Auftrag ist nicht, Friedrich Ebert in allen seinen Phasen und Funktionen, sondern in seiner staatspolitischen Funktion, in seiner Leistung als Vormann und als Repräsentant der ersten deutschen Republik darzustellen. Das hat seinen guten Sinn. Das macht die überparteiliche, die demokratische Aufgabe dieser Stiftung deutlich. Aber natürlich werden wir uns immer bewußt sein müssen, welche besonderen gesellschaftlichen und welche politischen Traditionen es waren, die Friedrich Ebert verband, in welcher politischen Gemeinschaft er heranwuchs, welche Gedanken und Kräfte ihn getragen haben.

Er selber hat diesen Zusammenhang am 11. Februar 1919 vor der Weimarer Nationalversammlung, unmittelbar nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten, so ausgesprochen:

> "Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu leugnen gesonnen bin. Indem Sie das höchste Amt des deutschen Freistaates mir anvertrauen, haben Sie - ich weiß es - keine einseitige Parteiherrschaft aufrichten wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft."

Soweit Friedrich Ebert heute vor 70 Jahren. Ich kann heute Friedrich Eberts Werdegang vor 1914, seine Entwicklungsstadien, seine beruflichen Stationen nicht im einzelnen schildern. Aber ich möchte doch einiges in Erinnerung zurückrufen, soweit es für unser Gesamtbild von Ebert, für das Verständnis seiner Grundanschauungen, seiner Handlungsschwerpunkte wichtig ist.

Friedrich Ebert, wie viele spätere Arbeiterführer herkunftsbedingt in bäuerlich-handwerklichen Standestraditionen verwurzelt, hat im Vergleich etwa zu Wilhelm Liebknecht, zu August Bebel, zu Paul Singer

und zu Wilhelm Bracke als Typus einer neuen Führungsschicht der deutschen Arbeiterbewegung zu gelten. Sein innerparteilicher Aufstieg fällt in die Zeit nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890. Im Unterschied zu den genannten Personen war seine persönliche und berufliche Karriere eng eingebunden in die organisations- und wahlpolitischen Erfolge seiner Partei, in die emanzipatorischen Fortschritte, die die Arbeiterklasse während der wilhelminischen Zeit errungen hatte. In ihrer politischen Praxis waren die Mitglieder der neuen sozialdemokratischen Führungsschicht alles andere als aktivistisch vorwärtsdrängende Klassenkämpfer oder gar Revolutionäre. Bei der Ausübung ihrer Funktion als Sozialpolitiker, Gewerkschafter und Parteijournalisten gaben sie pragmatisch-reformerischer Tagesarbeit den Vorzug.

Sie kümmerten sich um die Erhaltung und die Erhöhung der Schlagkraft einer möglichst einheitlichen Organisation. Sie achteten auf die Sicherung des Erreichten. Das Hier und Heute, vielleicht auch das Morgen hat ihnen am Herzen gelegen, aber nicht mehr das Übermorgen einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft.

Wenn man Friedrich Eberts politischen Weg vor 1914 verfolgt, dann wird seine praktische Entwicklung zu einem dezidierten Reformisten zunehmend deutlicher. Die ideologischen Richtungskämpfe der Vorkriegs-SPD zwischen Revisionisten, Parteizentrum und Radikalen blieben ihm im Grunde fremd. Eine solche Orientierung schloß, auch bei Ebert, die verbale Behauptung einer unversöhnlichen Distanz zum Klassengegner, das Festhalten an einem durch Karl Kautsky und August Bebel geprägten Popularmarxismus, die Überzeugung vom naturnotwendigen Zusammenbruch des bürgerlichen Gesellschaftssystems nicht aus.

Vor allem seit der Jahrhundertwende gelang es aber der Gesamtpartei immer weniger, Theorie und Praxis miteinander zu vermitteln. Auf der einen Seite die Herausbildung der SPD als parlamentarischer Opposition- und demokratisch sozialistischer Reformpartei, die als solche ein Teil des herrschenden politischen Systems war, auf der anderen Seite die Weigerung, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung

an der Regierungsgewalt zu partizipieren. Unter der Last dieses Widerspruchs wurden Erfolg bei Wahlen und beim Ausbau der Organisation zum Selbstzweck.

Als Friedrich Ebert 1913, nach dem Tode August Bebels, neben Hugo Haase, dem Repräsentanten der Parteilinken, Vorsitzender der SPD wurde, da war es die seit langem erwiesene Fähigkeit zum Ausgleich zwischen den Flügeln, zur innerorganisatorischen Konsolidierung, zur Wahrung der Parteieinheit, die ihn in den Augen der Mehrheit der Funktionäre für die Übernahme der Spitzenposition qualifizierte. Das war es und nicht ein erkennbares Konzept zur Übernahme politischer Mitverantwortung oder gar zur Eroberung der politischen Macht. Wer genauer hinsieht, wird allerdings differenzieren müssen.

Schon sehr früh, schon in seiner Bremer Zeit, treten bei Friedrich Ebert Umrisse eines Staatsverständnisses hervor, das nicht klassenspezifisch gemäß orthodox marxistischer Lehre war, sondern sich an Idealen wie "Gemeinwohl" und "Gleichberechtigung" aller Staatsbürger ausrichtete. Früher und bewußter als wohl die meisten seiner politischen Freunde fand Friedrich Ebert zu einer Politik der "kleinen Schritte", richtete er sich ein auf ein Mitgestalten im Rahmen des Gegebenen, selbst wenn es sich dabei auch künftig um eine Ordnung mit monarchistischer Spitze gehandelt hätte.

Nicht zuletzt von hier führen direkte Linien zu der im wesentlichen von Ebert mitverantworteten Kriegspolitik der Sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion, und damit sollen Illusionen und Fehleinschätzungen der Burgfriedensstrategie nicht bagatellisiert werden. Diese Überlegungen Eberts führen schließlich auch zur Regierungsbeteiligung im Oktober 1918, die Ebert angesichts der ihm unausweichlich erscheinenden Niederlage und gegen den massiven Widerstand von Teilen der Parteiführung mit den Worten gerechtfertigt hat: "Gewiß, es wäre bequemer für uns, draußen zu stehen und unsere Hände in Unschuld zu waschen. Aber in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes wäre eine solche Politik vor der Geschichte, vor der Nation und vor der Arbeiterklasse nie und nimmer zu verantworten."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Ebert und die von ihm repräsentierte Mehrheitssozialdemokratie den revolutionären Umsturz, der sich von Anfang November 1918 an im Reichsgebiet ausbreitete, nicht gewollt und nicht bewußt herbeigeführt haben. Und dabei ist es unwesentlich, ob die Ebert nachgesagte Äußerung, er hasse die Revolution wie die Sünde, wirklich authentisch ist. Es steht jedoch fest, daß er und seine politischen Freunde keine Revolution im Sinne einer radikalen politischen und sozioökonomischen Umwälzung, keinen radikalen Neubeginn in diesem Sinne angestrebt haben. Das lag außerhalb des Einstellungs- und Erwartungshorizonts, der sich bei diesen Männern in der Zeit des Kaiserreichs herausgebildet hatte.

Man kann die fehlende Vorbereitung und den fehlenden Willen zur totalen politischen Machtübernahme und zur durchgreifenden politischen Machtpraxis mit der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaftsrevolution für ein beklagenswertes Defizit halten, das sich herleiten läßt aus dem Erbe der Vorkriegssozialdemokratie, übrigens nicht nur bei den Mehrheitssozialisten, sondern auch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. Aber verfehlt die Beschränkung auf eine solche Optik nicht das Ausmaß und die Last der sich nach der militärischen Niederlage und nach dem Zusammenbruch der alten Ordnungsmächte tatsächlich stellenden Aufgaben und Probleme?

Der Rat der Volksbeauftragten, so nannte sich die Revolutionsregierung, die Ebert führte, mußte die akut bedrohte Einheit des Reiches wahren, mußte eine geordnete Demobilmachung des Millionenheeres gewährleisten, mußte für das Funktionieren der zivilen Verwaltung sorgen, mußte die Wirtschaft wieder in Gang bringen, mußte die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen - und das trotz andauernder Einfuhrblockade der Siegermächte -, mußte extremistischen Kräften wehren - und die Anschauung bolschewistischer russischer Gewaltpolitik war natürlicherweise stets präsent -, und sie mußte eine neue politische Ordnung vorbereiten.

Es gelang dem Rat der Volksbeauftragten wenige Tage nach dem Ausbruch der Revolution in Berlin mit der Proklamation vom 12. November eine gesetzgeberische Leistung, die jahrzehntelang von der

Arbeiterbewegung erhobene Forderungen eingelöst hat, und die dennoch bis heute, so glaube ich, in ihrer Bedeutung eher unterschätzt wird. Da finden sich am 12. November so einschneidende Reformmaßnahmen wie der Acht-Stunden-Arbeitstag, die Unterstützung der Erwerbslosen, das Frauenwahlrecht, das uneingeschränkte Koalitions- und Versammlungsrecht, die Aufhebung von Belagerungszustand und Zensur. Der Rat der Volksbeauftragten sprach in der Einleitung zu diesem Dokument von der "Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen".

Aber das Wort "Sozialismus" sollte man freilich nicht überinterpretieren. Es hatte auch taktische Qualität, in Würdigung der Tatsache, daß sich die Revolutionsregierung aus beiden Flügeln der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen zusammensetzte, und daß sie Rücksicht zu nehmen hatte auf die zum Teil radikalisierten Massen.

Friedrich Ebert, der soziale Demokrat, war Realist genug, um zu wissen, daß in dieser geschichtlichen Situation der Bau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die zügige Realisierung eines sozialistischen gesellschaftspolitischen Programms nur das Anliegen einer Minderheit des Volkes war. Der Ausgang der Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung Anfang 1919 hatte ihn in dieser Einschätzung bestätigt.

Unmittelbar auf dieser Tagesordnung, gerade auch im Hinblick auf die breiten Massen, möglicherweise auf die Mehrheit des Volkes, stand für Friedrich Ebert die Einführung und die möglichst solide Grundlegung der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie. Friedrich Ebert hat sein Demokratieverständnis damals und später wiederholt erläutert und präzisiert. Im Dezember 1918 sagte er vor dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte: "Das siegreiche Proletariat richtet keine neue Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alten Klassenscheidungen und stellt die Gleichheit all dessen her, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer ihn ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann ein vollgül-

tiges Mitglied der Familie der freien Völker werden. Demokratie und Nationalversammlung, die endgültige Überwindung der Willkürherrschaft, die dauernde Garantie der Selbstregierung des Volkes, das muß in dieser Zeit unsere Hauptsorge sein."

Und wo Friedrich Ebert die neue deutsche Demokratie geistesgeschichtlich geortet wissen wollte, das hat er am 6. Februar 1919 vor der verfassungsgebenden Nationalversammlung deutlich gemacht: "Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der wilhelminischen Ära das Lassallesche Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geiste behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren erfaßt hat: Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht zaudern und schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen!"

Wir Deutschen wissen seit langem - egal, wo wir in der politischen oder in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung stehen -, daß die tatsächliche Entwicklung der ersten deutschen Republik diesem hohen Anspruch und Ideal, deren Sprecher Friedrich Ebert war, vielfach nicht gerecht geworden ist. Weimar hat sich nicht in geistiger Freiheit und politischer Demokratie erfüllt, sondern Weimar ist im Ungeist und in der Diktatur der Nationalsozialisten untergegangen. Die Demokratie hat zur Zeit der ersten deutschen Republik im Bewußtsein und Willen der Mehrheit des Volkes keinen sicheren und dauerhaften Platz erobern können.

Wer nach den Gründen und den Kausalketten sucht in der Wissenschaft und in der Publizistik, besonders während der vergangenen 30 Jahre, der ist immer wieder auch zurückgegangen auf die Frage der Unterlassung, nach Versäumnissen, Fehlentscheidungen, die denen,

Das Geburtshaus von Friedrich Ebert in der Heidelberger Pfaffengasse, heute Teil der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte.

Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker,
der Vorsitzende des Kuratoriums Johannes Rau,
Oberbürgermeister Reinhold Zundel und
Gertrud Ebert, die Schwiegertochter des Reichspräsidenten,
bei der Feier zur Eröffnung der Ebert-Gedenkstätte
am 11. Februar 1989 in der Heidelberger Stadthalle.

Der Arbeitergesangverein Ziegelhausen bei seinem Auftritt
während der Eröffnungsfeier.

Der Chor der Heidelberger Friedrich-Ebert-Schule.

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, stellvertretender Vorsitzender der SPD und Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Johannes Rau, bei seiner Festansprache.

Innenhof der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte mit Aufgang zur Geburtswohnung.

Blick in die ständige Ausstellung zu Friedrich Ebert und seiner Zeit, hier das Arbeitersekretariat.

die in der Revolution von 1918/19 Verantwortung trugen, zuzuschreiben seien. Sie hatten das getan, diese Forscher und Publizisten, mit einem Wissensstand und Erfahrungshorizont, den die damaligen Politiker nicht hatten.

Vieles, wenn nicht das meiste von dem, was auf seiten der Fachhistoriker ermittelt und geschrieben worden ist, ist freilich bedenkenswert. Aber ich will als ein praktisch handelnder Politiker auch nicht verhehlen, daß mir, dem seit Jahren Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns tagtäglich wieder bewußt werden, manche Kritik und manches Monitum im nachhinein zu konstruiert, zu schematisch, zu theoretisch erscheint und oft einfach auch zu wirklichkeitsfern.

Da war über viele Jahre hinweg die Rede gewesen von den realen Möglichkeiten eines "dritten Weges" zwischen der Politik Friedrich Eberts und dem linksradikal-bolschewistischen Experiment. Diese Möglichkeit hat sich bezogen auf das angebliche Demokratisierungspotential, das man mit Hilfe der Rätebewegungen auf den verschiedensten Stufen der Entscheidungsfindung hätte mobilisieren können. Wenn ich es richtig sehe, ist man angesichts des diffusen, doktrinären und konzeptionsschwachen Erscheinungsbildes, das die Rätebewegung vielerorts geboten hat, inzwischen wieder nüchterner und zurückhaltender geworden und relativiert damit die Tragfähigkeit dieses "dritten Weges".

Viel schwerer wiegen meines Erachtens nach wie vor die Kritiken und die Einwände, die man gegen das Verhalten der Revolutionsregierung zu den politischen und gesellschaftlichen Traditionseliten anmeldet, gegen die unterlassenen personellen Eingriffe in ziviler Verwaltung, Justiz und Bildungswesen, gegen die Kooperation mit den Repräsentanten des wilhelminischen Militärs, gegen die weitestgehende Schonung wirtschaftlicher und sozialer Führungsschichten. Zumindest in einem Falle, nämlich in der Beurteilung der politischen Wirkungschancen des ostelbischen Großgrundbesitzes, sind die sozialdemokratischen Exponenten der frühen Republik offenbar einem krassen Fehlkalkül erlegen.

Für andere der genannten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problembereiche wäre wahrscheinlich eine selbstbewußtere demokratische Kontrolle nicht nur notwendig, sondern auch möglich gewesen. Aber kein Weg führt indessen an der Einsicht vorbei, daß die neuen politischen Machthaber längst nicht über ausreichend geschultes und gebildetes Personal verfügten, um die Schalt- und Umsetzungsstellen im zivilen wie im militärischen Sektor ohne weiteres zu ersetzen. Man brauchte die alten Expertengruppen, um den Funktionsmechanismus einer hochindustrialisierten Gesellschaft und ein vergleichsweise hohes zivilisatorisches Niveau zu erhalten. Es ging nicht um das "Ob", sondern um das "Wie" und das "Wieweit".

Beansprucht man die realistische Überprüfung der Angemessenheit der Politik Eberts, dann darf eine Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Entfaltungschancen der deutschen Revolution 1918/19 nicht fehlen. Aber diesem Anspruch gerecht werden zu wollen, würde den Rahmen dieser Rede sprengen. Auf den Punkt gebracht, hat Richard Löwenthal das Dilemma zwischen Theorie und Praxis der Revolution, als er es so formulierte: "So gewiß der Gedanke der Revolution in vielen Ländern Begeisterung hervorruft, so gewiß erzeugt die tatsächliche Annäherung einer Revolution in allen entwickelten Industrieländern Angst - und dies keineswegs nur bei denen, die Besitz und Vorrechte zu verlieren haben -, sondern bei all denen, die um die Sicherung ihrer Existenz bangen."

Schließlich kann ein Vergleich der Jahre nach 1918 und der Zeit nach dem zweiten großen Weltkonflikt und nach dem Zusammenbruch von 1945 das ungeheure Ausmaß der Probleme verdeutlichen, die Ebert und seine Freunde zu bewältigen hatten. Es gab 1918 keine bedingungslose Kapitulation, sondern es gab die - auch von Ebert geförderte Legende -, daß das deutsche Heer nicht militärisch besiegt worden sei, und das hat später zur "Dolchstoßlegende" geführt. Es gab keine Besatzungsmacht, die vorerst die Regierungsverantwortung übernahm und die den offenen Bürgerkrieg verhinderte, es gab keinen Marshallplan, sondern es gab Reparationslasten. Es gab in Zeiten gesteigerter Not keine rechtzeitige Erleichterung vom Siegerdiktat, sondern es gab den Einmarsch ins Rheinland, es gab keine rechtzeitig

unter der Verantwortung der Sieger vollzogene Währungsreform, sondern es gab eine sich sechs Jahre immer weiter steigernde Inflation.

Nach 1945 gab es Politiker, die sich im Regierungshandeln auskannten, die geschichtliche Lehren und Erfahrungen in das wiedererwachende demokratische Leben einbrachten. Die führenden Sozialdemokraten von 1918, die unter dem Oppositionsdogma der Vorkriegszeit ihren Weg gemacht hatten, waren plötzlich, waren ohne jede Vorbereitung aufgerufen, Regierungsverantwortung zu übernehmen und einen Problemdruck zu entschärfen, der selbst Regierungskundige aufs äußerste gefordert hätte.

Am 11. Februar 1919, heute vor 70 Jahren, wurde Friedrich Ebert von nahezu drei Vierteln der Mitglieder der verfassungsgebenden Nationalversammlung zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt. Sein Wirken in diesem Amt wirft bis in die Gegenwart hinein viele offene Fragen auf. Es bietet der Forschung und der politischen Interpretation nach wie vor wichtige Themen, auch wenn nach der Veröffentlichung der Akten der Reichskanzlei heute manches klarer abschätzbar ist als zuvor.

Bereits die Tatsache, daß Ebert, der bis dahin aktiv gestaltende und als solcher auch weithin respektierte Politiker, nicht das Amt des Regierungschefs, sondern das des Staatsoberhauptes anstrebte, überrascht und erstaunt eher, als daß sie selbstverständlich wäre. Die Notverfassung und danach die endgültige Reichsverfassung räumten dem Präsidenten der Republik erhebliche politische Möglichkeiten ein. Sie erstreckten sich vor allem auf die Ernennung des Regierungschefs und die Kabinettsbildung. Aber andererseits mußte Ebert klar sein, daß er sich mit der Entscheidung für die Übernahme des Reichspräsidentenamtes aus dem Zentrum der politischen Machtpraxis notwendigerweise entfernte, auch wenn er von Anfang an keinen Zweifel darüber ließ, daß er seine neue Position politisch begriff, und nicht nur auf die Pflichten der Staatsrepräsentation begrenzt wissen wollte.

Wahrscheinlich trifft jene Deutung sein Amtsverständnis am besten, die auf die Wahrnehmung politischer Gesamtverantwortung, auf die

Schaffung und Symbolisierung staatlicher Kontinuität und stabiler Autorität, auf die Integrationspflicht abhebt. Daß Ebert gerade in dieser Hinsicht Erfolg und unter den chaotischen Zeitumständen nahezu optimal ausstrahlende Wirkung hatte, läßt sich kaum ernsthaft bestreiten.

Für die Achtung und Resonanz, die seine von Würde, Ernst und ruhigem Selbstbewußtsein getragene Amtsführung bis weit ins bürgerlich-konservative Lager fand, gibt es viele beredte Zeugnisse. Von vielen, die den hohlen prätentiösen Pomp des letzten kaiserlichen Staatsoberhauptes noch in unguter Erinnerung hatten, wurde der nüchterne, bescheidene und in der äußeren Repräsentationsentfaltung betont zurückhaltende Amtsstil Eberts als wohltuend empfunden. Natürlich gab es auch Kritik. Von Konservativen, die sich nicht damit abfinden konnten, daß ein ehemaliger Sattlergeselle höchster Staatsrepräsentant wurde. Auch vom linken Flügel der Arbeiterbewegung - nicht nur der KPD - wurde er heftig angegriffen.

Weniger deutlich und im einzelnen nur schwer konkret faßbar ist das politische Profil, mit dem er das Amt des Reichspräsidenten ausstattete und zur Geltung brachte. Wir wissen, daß Ebert auf genaue Informationen über alle relevanten Gebiete und Vorgänge der Innen- und Sozialpolitik, insbesondere auch der Außenpolitik größten Wert legte. Aber direktes Eingreifen in Entscheidungsprozesse läßt sich nur selten nachweisen. Ebert bevorzugte indirekte Wege und versuchte Einflußnahme über Meinungsaustausch, Empfehlung, Ratschlag, moralischen Appell, und das mit fortschreitender Amtszeit immer mehr, auf Kosten bewußter Nutzung der in seinem Amt immerhin angelegten Befugnisse.

Gegen eine solche Sicht könnte man die häufige Anwendung des Notverordnungsartikels 48 ins Feld führen. Wer das näher prüft, stellt fest, daß die Stützung auf Artikel 48 in der Regel nicht auf eine Initiative des Reichspräsidenten, sondern auf eine politische Willensbekundung des Kabinetts zurückging. Damit darf man die grundsätzliche verfassungspolitische Fragwürdigkeit, unter der auch die frühe Notverordnungspraxis unter Ebert litt, nicht herunterspielen. Denn dieser Artikel ist ja damals nicht nur in bedrohlichen Ausnahmezuständen herangezogen worden, sondern auch um wirtschafts- und finanzpolitisch durchzusetzen, was in die Gesetzgebungsbefugnisse des Reichstages gehörte. Ebert ging es, wenn er dem Rat zur Anwendung dieses Artikels folgte, um Erhaltung und Sicherung des demokratisch-parlamentarischen Systems. Aber der mit seinem Namen abgesegnete Rückgriff auf den Notverordnungsartikel hat schon in der Weimarer Frühphase die Gefahr impliziert, daß sich politische Parteien und Parlament ihren genuinen Verantwortlichkeiten entzogen. Das hat de facto, damals freilich noch nicht voll erkennbar, die Instabilität des parlamentarischen Systems, das strukturell in der Weimarer Verfassung ohnehin nicht hinlänglich abgesichert war, gefördert.

Der Reichspräsident hatte starke politische Einflußchancen bei der Regierungsbildung. Für Friedrich Ebert war es dabei ein wesentliches Ziel, die Sozialdemokratie, wenn nur irgendwie möglich, in führender Regierungsverantwortung zu halten oder die Partei, die seine politische Heimat war und blieb, zumindest doch in die Regierung einzubinden. Nur so glaubte er, daß die soziale Demokratie, vor allem die soziale Gesetzgebung zugunsten der Arbeitnehmerschaft auf Dauer gesichert werden könne. Und er beschwor seine Partei immer wieder, nicht freiwillig Machtpositionen zu räumen. Allerdings: Eine Regierungsbeteiligung oder eine Regierungsübernahme der SPD ohne die Bildung einer Koalition mit bürgerlichen Parteien war nicht möglich. Vor allem wegen dieser Koalitionsfrage kam es zwischen Ebert und seinen Freunden ab 1920 zu wachsender Entfremdung und zu kaum noch überbrückbaren Zerwürfnissen.

In der SPD wuchs der Drang, sich angesichts permanenter Krisen und sozialpolitischer Verschlechterungen, aber auch aus Furcht vor einer Radikalisierung der eigenen Anhänger, der Regierungsverantwortung zu entziehen, sich wieder auf die Oppositonsbank zu setzen. Aber Ebert appellierte an den unbedingten Primat der staatspolitischen Aufgabe der Sozialdemokraten, der sie zur Not auch in einer Koalition mit der allenfalls vernunftsrepublikanischen Deutschen Volkspartei nachkommen müsse. In diesem Konflikt ist Ebert letzthin gescheitert. Und so hoch man die Verantwortung der bürgerlichen Parteien für das Scheitern einer Koalition mit der SPD ab 1923 auch veranschlagen

mag, so unverkennbar sind auf der anderen Seite auch Kurzsichtigkeit und mangelndes politisches Gespür in der Sozialdemokratie. Und sie haben Ebert nach Gustav Stresemanns Sturz als Kanzler zur prophetischen Warnung an die SPD bewegt: "Was Euch veranlaßt, den Kanzler zu stürzen" - so sagte er damals -, "ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen Eurer Dummheit werdet Ihr noch zehn Jahre lang spüren."

Ohne Beteiligung von Eberts einstigen Weggenossen an der Reichsregierung bahnte sich nach den großen Krisen des Jahres 1923 allmählich eine Beruhigung, eine Stabilisierung der Republik an. Basis hierfür waren die Ordnung der Reichsfinanzen, die Stabilisierung der Währung, ein gewisser Abbau der Reparationslasten und Ansätze zu einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Ausgerechnet in jener Phase, in der es nach Meinung Eberts, nach seinem Bemühen, neue hoffnungsträchtige Perspektiven gab, steigerten sich die rechtsradikalen, von einer verblendeten Justiz geförderten Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen Friedrich Ebert.

Und sie waren nicht zuletzt ursächlich für seinen frühen Tod am 28. Februar 1925. Daß die Mehrheit des deutschen Volkes damals einen aus der Arbeiterschaft stammenden, demokratischen Reichspräsidenten nicht wollte, hat die Wahl von Eberts Nachfolger, die Wahl des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg gezeigt.

Es ist verhältnismäßig leicht, inmitten einer so beispiellosen Krisen- und Umwälzungsperiode wie der Jahre 1914 bis 1925 eher die Grenzen der politisch Handelnden auszumachen als ihre Leistungen und Verdienste. Aber dennoch bleibt die Bilanz, daß Friedrich Ebert unter extremen inneren und äußeren Bedingungen die Einheit des Reiches erhalten hat, daß er den längst überfälligen demokratisch-parlamentarischen Neuanfang gewagt hat, und daß er wesentliche Orientierungsmarken für eine soziale Republik setzte. Gewiß, vieles blieb Ansatz und Versuch und Vision und vieles sollte erst Jahrzehnte später, unter anderen und besseren Voraussetzungen zur Erfüllung gelangen. Dazu gehörte auch Eberts Ziel, die Arbeiterschaft und das Bürgertum gleichermaßen in ein demokratisches Gemeinwesen zu integrieren.

Und darum möchte ich zum Schluß aus der Vielzahl der Nachrufe die beiden Gedenkworte zitieren.

Wir haben schon Golo Mann gehört, hören wir noch einmal seinen Vater Thomas Mann, der die deutsche bildungsbürgerliche Kultur wie kein zweiter repräsentierte. Er schrieb: "Hier endet ein Mannesschicksal, das die Zeit ins ursprünglich ganz Unglaubwürdige, Phantastische trieb, aber keineswegs vermochte, die Persönlichkeit ins Exzentrische zu zerren, sondern mit schlichter Würde, gelassener Vernunft getragen und erfüllt wurde. Meine Sympathie ist grenzenlos."

Und Otto Braun, der langjährige Freund und Arbeitskollege, erinnert sich: "Mit Recht wird als hervorstechendster Zug des Verstorbenen sein ausgleichendes Wesen, sein Sinn für die Realitäten des politischen und wirtschaftlichen Lebens betont... Das Ganze zusammenzuhalten, das war sein Ziel, dem machte er auch oft die Konzession eines Kompromisses, die ihm sonst innerlich zuwider war. Denn Ebert war in seinem Grundwesen keine weiche Kompromißnatur. Im Gegenteil, er war ein Mann festen Willens und starken Wollens. Wo es die Sache erheischte, wußte er sich auch mit rücksichtsloser Energie durchzusetzen. Er war eine Führernatur im besten Sinne des Wortes; er verkörperte wie kaum einer Klugheit in der Taktik und Festigkeit in der Sache."

Unter dieser Sicht wollen wir Friedrich Ebert ehren, wollen wir seinen Kampf und sein Werk dankbar in unserer Erinnerung bewahren.

Kleine Schriften

Nr. 1 **Johannes Rau**: Friedrich Ebert. Sein Platz in der deutschen Demokratiegeschichte
3. unveränd. Aufl., Heidelberg 1996 • ISBN 3-928880-00-4

Nr. 2 **Dieter Grimm**: Die Bedeutung der Weimarer Verfassung in der deutschen Verfassungsgeschichte
2. unveränd. Aufl., Heidelberg 1992 • ISBN 3-928880-01-2

Nr. 3 **C. Wolfgang Müller**: Wohlfahrtsstaat und Sozialdemokratie. Zur Geschichte der Arbeiterwohlfahrt in der ersten deutschen Republik
2. unveränd. Aufl., Heidelberg 1992 • ISBN 3-928880-02-0

Nr. 4 **Jochen Goetze**: Heidelberg zur Zeit Friedrich Eberts (1871 - 1888)
Heidelberg 1990 • ISBN 3-928880-03-9

Nr. 5 **Willy Albrecht**: Ende der Illegalität. Das Auslaufen des Sozialistengesetzes und die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1890
Heidelberg 1990 • ISBN 3-928880-04-7

Nr. 6 Hoch das Maienfest der Arbeit! Die Anfänge der Maifeiern in Heidelberg und Bremen (1890 - 1914). Mit Beiträgen von Udo Achten, Walter Mühlhausen und Klaus Schönhoven
Heidelberg 1990 • ISBN 3-928880-05-5

Nr. 7 August Bebel. Repräsentant der deutschen Arbeiterbewegung. Mit Beiträgen von Dieter Langewiesche, Klaus Schönhoven, Peter-Christian Witt und einem Vorwort von Johannes Rau
Heidelberg 1991 • ISBN 3-928880-06-3

Nr. 8 **Horst Möller**: Folgen und Lasten des verlorenen Krieges. Ebert, die Sozialdemokratie und der nationale Konsens
Heidelberg 1991 • ISBN 3-928880-07-1

Nr. 9 **Heinrich August Winkler**: Klassenkampf oder Koalitionspolitik? Grundentscheidungen sozialdemokratischer Politik 1919 - 1925
Heidelberg 1992 • ISBN 3-928880-08-X

Nr. 10 **Walter Mühlhausen**: Friedrich Ebert und seine Partei 1919 - 1925
Heidelberg 1992 • ISBN 3-928880-09-8

Nr. 11 **Peter-Christian Witt**: Das Zerbrechen des Weimarer Gründungskompromisses (1919 - 1923 / 24)
Heidelberg 1992 • ISBN 3-928880-10-1

Nr. 12 **Dieter K. Buse:** Friedrich Ebert – Sein Weg zum Politiker von nationaler Bedeutung (1915 - 1918)
Heidelberg 1992 • ISBN 3-928880-11-X

Nr. 13 **Klaus Tenfelde**: Arbeitersekretäre Karrieren in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914
Heidelberg 1993 • ISBN 3-928880-12-8

Nr. 14 **Ernst Schulin / Wolfgang Michalka**: Walther Rathenau im Spiegel seines Moskauer Nachlasses
Heidelberg 1993 • ISBN 3-928880-13-6

Nr. 15 **Eberhard Kolb**: Revolutionsbilder: 1918 / 19 im zeitgenössischen Bewußtsein und in der historischen Forschung
Heidelberg 1993 • ISBN 3-928880-14-4

Nr. 16 **Michael Epkenhans**: Das Bürgertum und die Revolution 1918 / 19
Heidelberg 1994 • ISBN 3-928880-15-2

Nr. 17 **Helga Grebing**: Frauen in der deutschen Revolution 1918 / 19
Heidelberg 1994 • ISBN 3-928880-16-0

Nr. 18 **Wolfgang J. Mommsen**: Max Weber und die deutsche Revolution 1918 / 19
Heidelberg 1994 • ISBN 3-928880-17-9

Nr. 19 Rückbesinnung und Neubeginn
Eine Gedenkfeier zu Ehren Friedrich Eberts am 2. März 1945 in New York • Eine Dokumentation. Herausgegeben von Ludwig Richter
Heidelberg 1995 • ISBN 3-928880-18-7

Nr. 20 Republikanische Staatsoberhäupter im 20. Jahrhundert
Mit Beiträgen von Johannes Rau und Jürgen Heideking
Heidelberg 1994 • ISBN 3-928880-19-5

Nr. 21 Friedrich Ebert. Aspekte seiner Präsidentschaft
Mit Beiträgen von Bernd Braun, Heinz Hürten, Walter Mühlhausen und einem Vorwort von Eberhard Kolb
Heidelberg 1994 • ISBN 3-928880-20-9

Nr. 22 **Dietmar Klenke**: Nationale oder proletarische Solidargemeinschaft? Geschichte der deutschen Arbeitersänger
Heidelberg 1995 • ISBN 3-928880-21-7

Nr. 23 **Klaus Schönhoven**: Der Heidelberger Programmparteitag von 1925: Sozialdemokratische Standortbestimmung in der Weimarer Republik
Heidelberg 1995 • ISBN 3-928880-22-5

Nr. 24 **Helga Grebing**: Friedrich Ebert: Von der Verantwortung für die Demokratie in Deutschland
Heidelberg 1996 • ISBN 3-928880-23-3

Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Band 1

Friedrich Ebert und seine Zeit

Bilanz und Perspektiven der Forschung

Herausgegeben von Rudolf König, Hartmut Soell und Hermann Weber
Mit Beiträgen von D. K. Buse, G. Jasper, E. Jesse, K. Megerle, S. Miller, H. Potthoff, D. Rebentisch, R. Rürup, P.-C. Witt und mit einem Vorwort von Johannes Rau

2. Aufl. 1991.
182 Seiten, DM 48,–
ISBN 3-486-55812-9

Die Autoren legen eine umfassende Bestandsaufnahme der Forschungen zur Biographie Friedrich Eberts vor. Sie vermitteln neue Einblicke in die Persönlichkeit und in die Politik Eberts und beschreiben seinen Weg zum Vorsitzenden der Sozialdemokratie im Kaiserreich und zum ersten Präsidenten der Weimarer Republik vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Zeit.

Band 2
Ronald A. Münch

Von Heidelberg nach Berlin: Friedrich Ebert 1871-1905

Mit einem Vorwort von Peter-Christian Witt

1991. 144 Seiten und 8 Seiten Abbildungen.
DM 48,–
ISBN 3-486-55889-7

Über Friedrich Eberts Familie, seine Kindheit und Jugend und über seine politischen Anfänge gab es bisher nur wenige gesicherte Informationen. Dies hat zu zählebiger Legendenbildung über den späteren Reichspräsidenten der Weimarer Republik geführt.
Ronald Münch gibt hier auf der Basis neuer Quellen einen anschaulichen Überblick über Friedrich Eberts Werdegang bis zur Wahl in den SPD-Parteivorstand.

Band 3

Friedrich Ebert und seine Familie

Private Briefe 1909-1924

Herausgegeben und eingeleitet von Walter Mühlhausen unter Mitarbeit von Bernd Braun

1992. 179 Seiten mit 66 Abbildungen. DM 28,–
ISBN 3-486-55946-X

Die Edition von zum größten Teil erstmals veröffentlichten Briefen Friedrich Eberts an seine Familie, an Verwandte und Bekannte erlaubt einen Einblick in sein Privatleben, seine Lebensweise und Wertvorstellungen.
Der Privatmann abseits vom politischen Tagesgeschäft steht dabei im Vordergrund. Zahlreiche Fotos veranschaulichen diese bisher unbekannte private Seite des Politikers, dessen Herkunft, Persönlichkeit und Familie in einer umfassenden Einleitung dargestellt werden.

R. Oldenbourg Verlag • München

Die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Wegen der Bedeutung Friedrich Eberts für die deutsche Geschichte hat der Deutsche Bundestag am 19. Dezember 1986 ein Gesetz zur Errichtung der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte mit Sitz in Heidelberg beschlossen. Zweck der Stiftung ist es, das Andenken an das Wirken des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu wahren, und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte seiner Zeit zu leisten.

Die ehrenamtlichen Gremien dieser bundesunmittelbaren Stiftung öffentlichen Rechts sind: das vom Bundespräsidenten berufene Kuratorium, der Vorstand und der Beirat, beide vom Kuratorium bestellt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zur Finanzierung der Stiftung verpflichtet. Die Stiftung untersteht der Aufsicht des Bundesministers des Innern.

Friedrich Ebert wurde am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren, und zwar in einer kleinen Wohnung im Hause Pfaffengasse 18. Die dort seit vielen Jahren von der Stadt Heidelberg unterhaltene kleine Erinnerungsstätte ist in den letzten Jahren durch Einbeziehung der benachbarten Wohnungen zu einer Gedenkstätte ausgestaltet worden. In Anwesenheit des Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker wurde die Gedenkstätte am 11. Februar 1989, dem 70. Jahrestag der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten, der Öffentlichkeit übergeben.

Eine ständige Ausstellung "Friedrich Ebert - sein Leben, sein Werk, seine Zeit" dokumentiert das Leben und Werk Friedrich Eberts. Dabei wird der jeweilige zeitgeschichtliche Hintergrund deutlich gemacht. Zu den Aufgaben der Stiftung gehört auch die Fortführung der Forschung zu Friedrich Ebert und seiner Zeit. Eine Präsenzbibliothek, deren

Schwerpunkt auf der Zeit von 1871 bis 1933 liegt, und eine Sammlung zeitgenössischer Broschüren bieten dem interessierten Fachwissenschaftler Möglichkeit zu eigenen Forschungen. Im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit führt die Stiftung Tagungen und Vortragsveranstaltungen durch, deren Ergebnisse veröffentlicht werden. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt liegt in der politischen Bildungsarbeit. Damit sollen auch einer breiteren Öffentlichkeit Kenntnisse über eine wichtige Phase der deutschen Geschichte vermittelt und Friedrich Ebert wieder stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gehoben werden.